„WAS BEDEUTET KRIEG FÜR DIE MENSCHEN?“

Im Interview mit dem Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Generalinspekteur a. D. Wolfgang Schneiderhan, ging es nicht nur um die Zukunft des Volksbundes, der in seiner Mitgliederschaft überaltert ist. Schneiderhans Denken kreist um aktuelle Fragen wie: „Was wird aus Menschen im Krieg? Müssen wir Verrohung akzeptieren, Gewalt- und Rachegedanken?“ Noch geht es für den Volksbund auf der Arbeitsebene auch in Russland weiter. Im Gespräch mit Henning von Vieregge skizziert Schneiderhan mögliche Versöhnungsprojekte nach dem Ende des Krieges.

Ausstellung des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. in Niederbronn-les-Bains, Frankreich © Uwe Zucchi

Verbändereport: Fangen wir vorne an, mit der Geschichte des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Die 100-Jahre-Feier liegt hinter Ihnen.

Wolfgang Schneiderhan: Volksbund und Kriegsgräberfürsorge sind Begriffe, die nicht so leicht über die Lippen gehen. Sie hängen mit dem Gründungsdatum 16. Dezember 1919 zusammen, ein Jahr nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Im Zentrum stand die Frage: Wer kümmert sich um die Gefallenen im Ausland? Wie geht man mit den Kriegstoten um? Bald bildete sich eine Bürgerinitiative, heute würde man sagen eine Nichtregierungsorganisation, die versprach: Wir kümmern uns darum. Ihr Gründungsgedanke ist bis heute gültig: Wie geht man mit denen um, die für Volk und Vaterland – mit den alten Begriffen gesprochen – ums Leben gekommen, gefallen sind? In der Zeit des Nationalsozialismus verirrte sich der Volksbund und hat sich selbst gleichgeschaltet.

Und wie ging es nach dem Zweiten Weltkrieg weiter?

Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete sich der Volksbund 1948 neu. Vier Jahre später gab es dann das Gesetz zur Kriegsgräberfürsorge der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1991 richtete der Volksbund 331 Friedhöfe des Zweiten Weltkrieges und 188 Anlagen aus dem Ersten Weltkrieg in Ost-, Mittel- und Südosteuropa wieder her oder legte sie neu an. Knapp 980.000 Kriegstote wurden auf 83 Kriegsgräberstätten umgebettet. Es gilt, Kriegsopfer zu bergen, gefallene Soldaten zu bestatten, Gedenken und Trauer für die von dem Verlust betroffenen Menschen möglich zu machen. Wir sagen: Den Opfern werden Namen und Gesicht zurückgegeben.

Das galt zunächst nur für die Kriegsgräber im Westen.

Die Sorge für die Kriegsgräber im Osten kam erst mit dem Ende der Sowjetunion hinzu. Das deutsch-russische Kriegsgräberabkommen ist gerade mal 31 Jahre alt.

Geht es nun vor allem darum herauszufinden, wo im Osten noch Gefallene liegen, diese zu bergen und umzubetten? Das ist nach acht Jahrzehnten gewiss enorm schwierig. Was kann man da tun?

Schwierig, in der Tat. Oft sind die Gräber geplündert. Aber es gibt Annäherungsmöglichkeiten. Die einfachste ist, wenn die Erkennungsmarke noch am Toten ist, dann kann man die Identität über Wehrmachtsunterlagen zurückverfolgen oder anhand von ausführlichen Kriegstagebüchern. Ein guter Ausgangspunkt ist die Militärgeschichte. Wo waren die Schlachten, in welchen Räumen und Regionen? Können dort Bewohner oder ihre Nachkommen noch Auskunft geben und ihre Ortskenntnisse zur Verfügung stellen? Wir wenden auch moderne Technik an, etwa Bodenradar oder Drohnen. Sehr oft spielt uns der Zufall in die Hände, wenn neue Gebäude fundamentiert oder Straßen gebaut werden und man dabei auf Überreste von Kriegsopfern stößt.

Die Zeitzeugen werden immer weniger ...

... wobei das Wissen und die Erinnerung besonders groß sind. Im Grunde gibt es keine russische Familie, die nicht Opfer des Krieges zu beklagen hat. Die Erinnerung ist mehr Familientradition als bei uns.

Der Leitsatz des Volksbundes heißt „Gemeinsam für den Frieden". Ist das nicht ein sehr großer Anspruch?

Ich bin immer wieder beeindruckt von einer einfachen Tatsache. Nämlich, dass wir die Deutschen, die Russland überfallen haben, in der russischen Erde beerdigen dürfen. Und dass sie ewiges Ruherecht haben. Das ist ein eindrucksvolles Zeichen von Versöhnung. Wir haben Umbettungen vorgenommen, an denen russische Veteranen teilgenommen haben. Nach dem deutsch-russischen Kriegsgräberabkommen haben wir russische Vertreter zu uns eingeladen und ihnen gezeigt, wie wir ihre Denkmäler in Berlin pflegen. Es gab zahlreiche Veranstaltungen zum Thema Kriegsopfer in der ehemaligen Sowjetunion und in Deutschland.

Wie haben Sie das notwendige Vertrauen geschaffen?

Ein Beispiel: Rossoschka ist der große Friedhof bei Wolgograd, 30 Kilometer entfernt. Da liegen rund 66.000 deutsche Kriegstote auf dem Friedhof. Und auf der anderen Straßenseite ist ein russischer Friedhof. Eigentlich müsste man sagen: ein sowjetischer Friedhof. Mit rund 33.000 Gräbern, die wir pflegen. Das war unsere Eintrittskarte in Wolgograd, dem ehemaligen Stalingrad.

Ein Zitat von Ihnen: „Wir wollen jenseits der politischen Streitbarkeiten versuchen, vor Ort unsere Arbeit weiterzuführen." Wie geht das?

Das funktioniert unterhalb der politischen Ebene. Aber in der Hoffnung, dass sich dies auch in der politischen Ebene spiegelt oder ein Beispiel gibt, wie man miteinander umgehen könnte – zivilisiert, trotz aller Gegensätzlichkeit in den Systemen. Das ist jetzt mit Russland schwierig geworden. Es gab viele gute Kontakte, auch auf der militärischen Ebene. Heute reibt man sich darüber die Augen, welche Abrüstungsverträge wir in Zeiten des Kalten Krieges mit der Sowjetunion abgeschlossen und wie wir zusammengearbeitet haben.

Darf der Volksbund derzeit in Russland weiterarbeiten?

Wir sind in der glücklichen Lage, eine der wenigen Organisationen westlicher Prägung zu sein, die noch nicht aus Russland ausgewiesen oder als potenzielle Spione deklariert wurden. Wir kommen noch miteinander aus, aber fast ausschließlich auf der praktischen Arbeitsebene. Noch vor wenigen Jahren wurde am Vorabend des Volkstrauertages von Russland, der Ukraine und Weißrussland in Berlin ein gemeinsamer Kranz niedergelegt, die Delegation führte ein russischer Generalmajor an. Es ist mehr als traurig, dass dies vorüber ist.

Wolfgang Schneiderhan legt vor dem Volkstrauertag 2022 zusammen mit der Botschaftsrätin Oksana Dubovenko einen Kranz vor der ukrainischen Botschaft in Berlin nieder. © Uwe Zucchi

Sie haben angeregt, die Zahl der Friedhöfe zu reduzieren. Warum?

Maßgeblich dafür sind – sehr nüchtern gesprochen – betriebswirtschaftliche Überlegungen. Wir betreuen die Gräber von rund 2,8 Millionen Kriegstoten auf mehr als 830 Friedhöfen. Darunter viele kleine Friedhöfe, die nicht regelmäßig besucht werden. Wenn wir stärker zentralisieren wollen, müssen wir uns fragen: Wie verhindert man, dass dieser Umstand zum rein betriebswirtschaftlichen Thema wird? Man muss diese großartige Versöhnungsleistung – ihr dürft die, die uns überfallen haben, in unserer Erde zur ewigen Ruhe betten, ihr dürft ihrer auch in dem kleinen Dorf gedenken, wo sie gefallen und begraben sind – in Verbindung setzen zu dem, was es kostet. Wir denken darüber nach, uns auf größere Anlagen zu konzentrieren.

Gedenkfeier auf der Kriegsgräberstätte in La Cambe © Volksbund

Dann muss man aber wieder umbetten?

Meine Sorge ist: Wie wirkt das auf die Angehörigen, deren Familienmitglieder wir umbetten? Wie wirkt eine solche Aktion – beispielsweise – in der russischen, belarussischen oder ukrainischen Gesellschaft? Welche politischen Signale senden wir damit aus? Für solche Überlegungen müssen wir auch politische Unterstützung finden, der Volksbund allein kann das nicht leisten.

Befürchten Sie, dass die Mitgliedschaft überaltert und deshalb immer weniger Geld über Mitgliedsbeiträge und Spenden hereinkommt?

Der Haushalt des Volksbundes beträgt rund 50 Millionen Euro, 22 Millionen kommen als Erstattung von Bund und Ländern. Mithin kommen fast 30 Millionen von knapp 240.000 Mitgliedern und Spendern, unter anderem 4,2 Millionen aus Haus- und Straßensammlungen. Das Durchschnittsalter der Mitglieder liegt bei über 70 Jahren und ist für uns eine extreme Herausforderung. Vor sieben Jahrzehnten hatte der Volksbund 600.000 Mitglieder, jetzt sind wir nur noch rund 70.000 – mit abnehmender Tendenz. Die Sterberate kann nicht aufgefangen werden durch Zuwachs von jungen Leuten, obwohl wir es versuchen. Darauf müssen wir uns einstellen. Noch fließen uns sehr viele Erbschaften zu. Es gibt zahlreiche Menschen, die uns etwas vererben, weil sie sonst niemanden haben. Aber auch diese Erblasser sterben allmählich aus – die Jungen kommen nicht auf den Gedanken, dem Volksbund eine Villa in München zu vermachen. Je größer der Abstand zum Kriegsereignis, je geringer die Sichtbarkeit des Volksbundes ist, desto geringer wird die Spendenbereitschaft.

Gab oder gibt es auch eine Diskussion darüber, sich begrifflich zu verändern, die Bezeichnung zu wechseln?

Ja, die gab es und die gibt es immer wieder. Mit Veränderungen bei Identity und Logo gehen wir sehr vorsichtig um, weil wir keine Mitglieder verlieren wollen. Ähnlich verhält es sich mit dem Namen „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.“. Fachleute haben „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ im Namen als schwierigeren Teil identifiziert, teilweise sogar als Hemmnis in der öffentlichen Wahrnehmung. Im Vorstand gab es unterschiedliche Auffassungen. Schließlich haben wir den Briefkopf reduziert auf „Volksbund. Gemeinsam für den Frieden“, gestaltet unter den fünf Grabkreuzen, die seit Beginn unsere Arbeit symbolisieren.

Wolfgang Schneiderhan gedenkt am Sowjetischen Ehrenmal. © John

„Gemeinsam für den Frieden" – ist das nicht ein sehr hoher Anspruch?

Was bedeutet Krieg für die Menschen? Was wird aus Menschen im Krieg? Müssen wir Verrohung akzeptieren, Gewalt- und Rachegedanken? Daran mache ich die Aktualität unserer Arbeit in Gesprächen mit jungen Menschen fest, zumal wenn es um den Zweiten Weltkrieg geht, der nicht ausbrach, sondern von Menschen geplant und geführt wurde.

Eindrucksvoll ist die starke regionale Struktur des Volksbundes. Vorsitzende sind zumeist die Landtagspräsidenten. Sie sind renommiert, führen hauptamtliche Geschäftsführer und berufliche Mitarbeiter sowie engagierte Ehrenamtliche. Ist eine solche regionale Struktur vorteilhaft?

Ja, das sehe ich so. Landesverbände betreiben Erinnerungsarbeit, erinnern an alle Opfergruppen, organisieren Workcamps mit Jugendlichen im Ausland, bieten Bildungsarbeiten in Schulen an. Mancherorts gibt es wohl auch pflegerische Aufgaben in Deutschland, obwohl der Volksbund nur für die Kriegsgräber im Ausland zuständig ist.

Sind Änderungen unumgänglich?

Aktuell stellen wir uns die Frage, wie man das alles in Zukunft organisiert. Wenn die Mitgliederzahl geringer wird, müssen wir uns natürlich auch über den Aufbau der hauptamtlichen Seite Gedanken machen.

Das sind im Augenblick über 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Diese Anzahl werden wir nicht halten können. Aber wie findet man eine gute Lösung? Bedingung ist: Wir müssen die föderale Struktur erhalten, weil die Kultushoheit für unsere Bildungsarbeit eine Rolle spielt. Viele Aspekte der Verbandsarbeit können wir zentral nicht stemmen. Auch die Aktivierung von Ehrenamtlichen geht dezentral einfacher. Aber ob nun jedes Bundesland eine hauptamtliche Organisation braucht, wie es heute ist, würde ich zumindest bezweifeln.

An was denken Sie?

Wir wollen die ehrenamtliche Ebene nicht antasten. Die hauptamtliche Ebene ist aber ein Thema. Denn die Menschen, die vererben oder spenden, tun das ja nicht, damit wir eine Bürokratie aufrechterhalten. Die Entwicklung berücksichtigen wir organisatorisch, zum Beispiel durch die Zusammenlegung von Führungsaufgaben. So haben wir etwa einen gemeinsamen Geschäftsführer für Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Und das ist erst der Anfang?

Nach dem Vorbild Rheinland-Pfalz/Saarland werden wir irgendwann auch andere Bundesländer organisieren. Dieser Sprung ist bisher noch nicht geschafft, aber wir werden darum nicht herumkommen.

Werden solche Zusammenlegungen ausreichen, um auf Demografie und Transformation zu reagieren?

Ich kann den nötigen Stellenabbau heute nicht definieren. Ein Problem, das wir auch mit anderen teilen, ist: Wir haben noch keine moderne, digitalisierte Bürokratie, sondern wir nehmen – ein bisschen überspitzt formuliert – noch Abrechnungen mit Karteikarten, Bleistift und Radiergummi vor. Solange das so ist, kann ein Stellenabbau nicht quantifiziert werden. Deshalb haben wir jetzt ein Digitalisierungsprojekt gestartet, das zwar viel Geld kostet, welches wir aber stemmen können. Ziel ist, durch die Zentralisierung bestimmter Routineaufgaben, etwa Reisekostenabrechnungen, Stellen einzusparen.

Welche Zeitvorstellungen haben Sie für diese Reform?

Wir versuchen, den Wandel sozialverträglich zu gestalten. Mein Zieldatum ist der „Volksbund 2030“. Im Blick darauf haben wir Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit verschiedenen Themen beschäftigen, etwa „Hauptamtliche Struktur“, „Ehrenamtliche Struktur“, „Friedhofswesen“, „Betreuungswesen“. Was können wir machen? Welche Aufgaben kann man günstiger erledigen, als wir das aktuell tun? Das sind zentrale Fragen, mit denen wir uns in diesen Arbeitsgruppen beschäftigen.

Warum 2030?

Wir brauchen Zeit, um so eine Änderung umzusetzen. Sozialverträglichkeit ist das Ziel, die Altersstruktur unserer Mitarbeiter der Ausgangspunkt.

Haben Sie sich Berater geholt oder gestalten Sie den Veränderungsprozess aus der Organisation heraus?

Wir machen das selbstständig. Dieser Entschluss hängt mit meinem Vorleben als Generalinspekteur der Bundeswehr zusammen. Ich habe erlebt, wie viele externe Berater kamen und wie wenig man am Ende mit den Ergebnissen anfangen konnte, als es in die praktische Umsetzung ging. Deswegen habe ich für mich ein kleines Team zusammengestellt, das aus zwei Landesvorsitzenden, einem Geschäftsführer und zwei Mitgliedern des Bundesvorstands besteht, die ich außerhalb der normalen Vereinsstruktur quasi als verbandsinterne Berater gewonnen habe. Mit ihnen möchte ich den Prozess auch politisch begleiten, denn wir müssen in den politischen Bereich hinein intensiv kommunizieren.

Sorgt solch ein Gremium abseits der gewohnten Strukturen nicht für Unruhe?

Zurzeit herrscht Ruhe und der Betriebsrat begleitet uns aufmerksam. Wir entscheiden nicht von oben herab, sondern arbeiten in den beratenden Arbeitsgruppen mit Experten aus den Landes- und kommunalen Ebenen zusammen.

Ihre Skepsis gegenüber externen Beratern ist ungewöhnlich.

Wir haben eine ganz besondere Aufgabe von der Bundesrepublik Deutschland bekommen. Als eingetragener, gemeinnütziger Verein sind wir für die Kriegsgräber im Ausland zuständig. Für diese spezielle Aufgabe erhalten wir aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes etwas mehr als ein Drittel unserer jährlichen Ausgaben. Den Rest finanzieren wir über Spenden, andere freiwillige Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge. Dies bedarf immer großer Bemühungen, da unsere Leistungen für die Kriegsgräberstätten eben nur im Ausland sichtbar sind. Daher ist das öffentliche Bewusstsein für unsere wichtige Arbeit nicht so entwickelt, wie wir uns das wünschen, vor allem in den jüngeren Generationen. Leider reicht unsere staatliche Alimentierung nicht aus, um uns auch der Kriegsgräberstätten im Inland anzunehmen.

Bitte erläutern Sie Ihren letzten Satz.

Wir haben mehr als 12.000 Kriegsgräberstätten in Deutschland. Sie sind in der Obhut der Gemeinden, die dafür Geld aus dem Familienministerium bekommen. Es ist aber nicht sichergestellt, dass dieses Geld auch immer entsprechend eingesetzt wird.

Sollte der Volksbund schrittweise die Pflege aller Kriegsgräberstätten auch in Deutschland übernehmen?

Wir haben angeboten, die Gemeinden zu beraten, wenn dann auch ein bisschen was für uns herausspringt. Immer öfter bin ich deswegen in der Kommunalpolitik präsent und biete dort unsere

VOLKSBUND
Gemeinsam für den Frieden.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist eine humanitäre Organisation. Er widmet sich im Auftrag der Bundesregierung der Aufgabe, Kriegstote im Ausland zu suchen und zu bergen, sie würdig zu bestatten und ihre Gräber zu pflegen. Er ist für mehr als 830 Kriegsgräberstätten in 46 Ländern verantwortlich. Der Volksbund betreut Angehörige und berät öffentliche und private Stellen in Fragen der Kriegsgräberfürsorge, auch international. Er engagiert sich in der Erinnerungskultur und fördert die Begegnung und Bildung junger Menschen an den Ruhestätten der Toten. Der Volksbund finanziert seine Arbeit überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. ***www.volksbund.de***

Die ägyptische Wüste und eine Bahntrasse bei Wolgograd (früher Stalingrad) – zwei von vielen Orten, an denen der Volksbund Kriegstote barg. © Simone Schmid

Cassino und El Alamein sind Beispiele dafür, dass der Volksbund an Jahrestagen großer Schlachten immer auch der Toten anderer Nationen gedenkt. © Uwe Zucchi

Beratung an. In Einzelfällen machen wir das auch. Aber wir brauchen dafür einen finanziellen Ausgleich.

Haben Sie ein Beispiel?

In einer Gemeinde in Sachsen hat mich jemand darauf aufmerksam gemacht, dass die sieben Gräber von Rotarmisten völlig verwahrlost sind. Was kann man da als Volksbund machen? Ich habe den Landesgeschäftsführer von Sachsen gebeten, mit der Gemeinde zu reden und die Verantwortlichen darüber zu beraten, wie man so was anpacken kann. Wohin müsst ihr euch wenden? Wo gibt es Zuschüsse und Fördermittel, von denen die Beamten oder Angestellten einer kleinen Gemeinde nichts wissen? Das ist natürlich alles aufwendig, aber es macht uns präsent.

Wird in der hiesigen Bevölkerung angenommen, dass der Volksbund auch im Inland zuständig ist?

Ich schäme mich immer, wenn ich einen Brief kriege, in dem es heißt: Die und die Kriegsgräberstätte – das gilt auch für meine eigene Heimatgemeinde – ist in einem miserablen Zustand. Dort liegen im August noch die Kränze vom Volkstrauertag herum. Ich muss dann eine für mich furchtbare Antwort schreiben, nämlich, dass ich dafür nicht zuständig bin. Furchtbar, weil ich nicht alles von Zuständigkeiten ableiten will.

Es ist tatsächlich merkwürdig, dass man eine solche Unterscheidung – ihr seid im Ausland für die Kriegsopfer zuständig, die Gemeinden und Städte im Inland – aus der Entstehungsgeschichte des Volksbundes übernommen hat. Es ist ein naheliegender Gedanke, dass der Volksbund auch hierzulande verantwortlich ist.

Und deshalb täten wir uns wirklich leichter, wenn wir diese Zuständigkeit auch im Inland hätten, damit das, was wir tun, sofort und aus der Nähe zu sehen ist. Wir müssen nicht nach Wolgograd fliegen, um zu sehen, was wir leisten. Diese Wahrnehmung herzustellen, dass wir was Sinnvolles machen, ist schwierig, weil alles so weit weg ist.

Wie arbeiten Volksbund und Bundeswehr zusammen?

Zunächst einmal ist für den aktiven Soldaten der Bundeswehr die Frage wichtig: Wie geht dieses Land eigentlich mit den toten Soldaten um? Denn des Soldaten Tod ist kein privater Tod, sondern geht uns alle an. An der Arbeit des Volksbundes, auch im staatlichen Auftrag, können die Angehörigen sehen, dass der Staat sich kümmert, wenn der „Super-GAU“ eintritt und ein Familienangehöriger zu beklagen ist, weil ihn der Staat in einen Auftrag geschickt hat, aus dem er nicht lebend zurückkommen konnte. Dieser Verlust verbindet Bundeswehr und Volksbund auf einzigartige Weise.

Vor diesem Hintergrund fragt man sich doch, warum das Auswärtige Amt zuständig ist und nicht das Verteidigungsministerium.

Darüber, dass wir mit der Bundeswehr thematisch enger verbunden sind, wird auch innerhalb des Volksbundes diskutiert. Ich sage, lasst uns mal beim Auswärtigen Amt bleiben. Es gibt noch viele

verbreitete Vorurteile gegen uns, die mit Vorurteilen gegen alles Militärische verbunden sind.

Haben Sie deswegen gezögert, die Präsidentschaft, als sie frei wurde, zu übernehmen?

Ich galt, anders als mein direkter Vorgänger, der letzte DDR-Außenminister Markus Meckel (SPD), als konservativ. Der damalige Schirmherr des Volksbundes, Bundespräsident Gauck, vertraute mir, unterstützte und bestärkte mich in der Entscheidung, als Präsident zu kandidieren.

Was hat Sie letztlich motiviert, dieses Ehrenamt zu übernehmen?

Zum einen wollte ich meinem Land und meinen Landsleuten etwas zurückgeben. Das andere Motiv war und ist, dass ich mich als ehemaliger Soldat in einer leitenden Position dem Volksbund nicht entziehen konnte, zumal der Volksbund in einer ziemlich schwierigen Lage war. Neben Herrn Gauck hat auch Frank-Walter Steinmeier, damals Außenminister und heute als Bundespräsident Schirmherr des Volksbundes, mich ermutigt.

Mit dem Volksbund führen Sie eine Organisation, die geschätzt wird – auch im Osten Europas und in Russland. Hoffen Sie darauf, dort weitermachen zu können, wenn wieder eine gewisse Normalität eintritt?

Das beschäftigt uns natürlich. Welche Rolle könnten wir einnehmen? Nur wissen wir zu wenig über die wirkliche Lage. Ich höre von zigtausend Toten in der Ukraine, aber wo sind sie? Nehmen die Russen sie zurück, werden die Kriegstoten irgendwo in der Ukraine verscharrt? Manchmal sieht man im Fernsehen Bilder von Grabhügeln, aber ganz selten. Über Waffenlieferungen erfahren wir viel, über die Kriegsopfer leider so gut wie nichts.

Was kann der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit Blick auf den Krieg in der Ukraine tun?

Bis vor drei, vier Jahren hat der Volksbund sogenannte Workcamps organisiert, wo auch Ukrainer, Russen und Deutsche zusammen Kriegsgräber gepflegt haben. Zwei Deutsche, die an einem dieser Camps teilgenommen haben, fragten mich jetzt in Briefen, ob ich wisse, was aus den ukrainischen und russischen Mitstreitern geworden sei, die sie damals kennengelernt haben. Ich habe mich nach der Lektüre dieser Briefe gefragt: Könnte das nach Kriegsende ein Teil unserer Arbeit sein, dass wir die wieder zusammenbringen, die sich schon mal kennengelernt haben, während sie auf polnischen, weißrussischen, ukrainischen Kriegsgräberstätten Seite an Seite arbeiteten?

Ein kleiner Lichtstrahl der Hoffnung; haben Sie herzlichen Dank für das Gespräch. ■ (HvV)

Wolfgang Schneiderhan wurde 2014 zum stellvertretenden Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. gewählt und rückte 2016 an die Spitze des gemeinnützigen Vereins. 2021 wurde er als Präsident bestätigt und trat seine zweite Amtszeit an. Der General a. D. bekleidete von 2002 bis 2009 das Amt des Generalinspekteurs der Bundeswehr. Geboren 1946 im baden-württembergischen Riedlingen, ging er direkt nach dem Abitur in Bad Saulgau 1966 zur Bundeswehr. Er absolvierte ab 1977 den Generalstabslehrgang an der Führungsakademie und war anschließend unter anderem im Verteidigungsministerium, in der Truppe und bei der NATO in den Niederlanden und in Brüssel eingesetzt. Im Dezember 2009 ging Wolfgang Schneiderhan in den Ruhestand.